

WTO-Konferenz in Singapur

Viel gewollt, wenig erreicht

Der Abschluß der Uruguay-Runde des GATT und die Gründung der Welthandelsorganisation WTO als Nachfolgerin des GATT zum 1.1.1995 sollten den Beginn einer neuen Ära der Weltwirtschaft markieren. Nach der Liberalisierung des Außenhandels sollten die internationalen Dienstleistungsmärkte einschließlich der Schutzrechte in eine Weltwirtschaftsordnung einbezogen werden. Es bestand auch nie Zweifel daran, daß im Zeichen eines globalen Regelwerkes (mindestens für die 128 Mitgliedsländer) Umverteilungsprozesse in Gang kommen würden, die Entwicklungs- und Schwellenländern stärkere Marktpositionen verschaffen würden. Unterschätzt wurden aber die wachsenden Strukturprobleme der hochindustrialisierten Länder und die Abschwächung der Weltkonjunktur, die sonst die Folgen der Verteilungskämpfe gemildert hätte.

So ging es den meisten Teilnehmern weniger darum, ›richtige Regeln‹ zu beschließen als vielmehr darum, zweckmäßige Beschlüsse zu fassen, also solche, die der eigenen Wirtschaft in der derzeit herrschenden Situation nützen. Das gilt auch für Bereiche, in denen vordergründig tatsächlich um Regeln gestritten wurde, wie die Diskussion der Themen Umweltschutz, Wettbewerbsrecht oder ›Sozial-Dumping‹ zeigt. Die hier von den entwickelten Ländern angestrebten Standards sind, wenn man die – trotz allem richtigen – Begründungen beiseite läßt, de facto neue Handelshemmnisse, die den Industrienationen im Wettbewerb helfen würden, verlorene Positionen zurück zu erobern. Zumindest die taktischen Elemente der Diskussion solcher Standards atmen den Geist des Protektionismus.

Ein anderer Fall stellt der zunächst gescheiterte Versuch dar, ein Investitionsschutzabkommen zu beschließen als Auftakt für das angestrebte globale Regelwerk für Direktinvestitionen. Generelle staatliche Garantien für ausländische Investoren zu geben, widerstrebt allzu vielen Regierungen, die sich andererseits solche Investitionen in ihren Ländern wünschen. Sie ziehen es vor, von Fall zu Fall zu entscheiden und dadurch das Heft in der Hand zu behalten. Erschwerend kommt hinzu, daß parallel zur WTO auch die OECD an einem Entwurf eines Investitionsschutzabkommens arbeitet – im Interesse *ihrer* Mitglieder.

Es gelang immerhin, an längst gefaßten Beschlüssen für die Bereiche Landwirtschaft und Finanzdienstleistungen festzuhalten (wenn auch nicht, die Umsetzung zu beschleunigen), und es gelang ferner zu beschließen, die Zölle auf informationstechnische Geräte und Anlagen bis zum Jahr 2000 vollständig abzuschaffen (durch das Information Technology Agreement, ITA). Die schwache Position der WTO kommt über Einzelfragen hinaus auch darin zum Ausdruck, daß bilaterale und regionale Abkommen an Bedeutung gewinnen und auch in Zukunft globale Lösungen,

die immer Kompromisse darstellen, eher behindern als begünstigen. Die stärkste Außenhandelsnation, die USA, ist Vorreiterin dieser Strategie.

Globalisierung

Die Karten werden neu verteilt

In der Weltwirtschaft alten Stils wurden vorzugsweise Waren ausgetauscht: Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate und Produktionsgüter, daneben Dienstleistungen, produziert wurde »zu Hause«, wo immer das war. Die internationale Arbeitsteilung beruhte überwiegend auf natürlichen Vorzügen (auf Standortqualitäten wie dem Vorkommen von Bodenschätzen, dem Klima, natürlichen Verkehrswegen), der Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit (Mentalität, Ausbildung) sowie der Kapitalausstattung und der Infrastruktur. Die Bindung an das Land war im allgemeinen stark genug, um mit allerlei gesellschaftlichen Bürden belastet zu werden. Was, eigentlich, ist das Neue an der Globalisierung?

Neu ist die Beweglichkeit der Produktion selber. Die Entwicklung der Weltverkehrswege, der Telekommunikation und der Fall der meisten Handelsschranken ermöglichen den Unternehmen heute, sich bei der Standortwahl weltweit zu orientieren. Mit anderen Worten: das, was aus der Sicht eines Betriebes der volkswirtschaftliche Datenkranz genannt wird, braucht nicht mehr hingenommen zu werden, sondern kann durch wahlfreie Standortscheidungen bestimmt werden. Dabei stehen rein wirtschaftliche Größen im Vordergrund, Kosten auf der einen, Absatzchancen auf der anderen Seite. Die Wirtschafts- und die Gesellschaftsordnung werden gewissermaßen entflochten. Diese Veränderungen treffen die entwickelten Volkswirtschaften umso härter, je größer der Anteil des öffentlichen Sektors ist. Sie verschafft auf der anderen Seite gerade wenig entwickelten Regionen Chancen, rasch beachtliche Anteile an einzelnen Märkten zu erobern.

Die Dynamik der Veränderungen ist ablesbar an den unterschiedlichen Wachstumsraten der Weltproduktion und des Welthandels. Nach Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft wuchs das Weltsozialprodukt zwischen 1976 und 1985 um 39 %, das Weltexportvolumen dagegen um 52 %. In der Dekade von 1986 bis 1995 klafften Produktion mit 37 % und Export mit 96 % bereits viel stärker auseinander. Die Tendenz hält an.

Die nationale Diskussion über das Niveau der Lohn- und der Lohnnebenkosten sowie andere Standortfaktoren zeigt, daß aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb im Zeichen der Globalisierung ein Wettbewerb von Gesellschaftsordnungen geworden ist.

Europäische Union

Freier Warenverkehr

Meldepflicht in Kraft

Seit dem 1. Januar 1997 ist der Warenverkehr in der EU grundsätzlich frei. Ausnahmen sind weiterhin möglich, aber nunmehr meldepflichtig. Wenn also ein nach nationalen Regeln erzeugtes Produkt von einem EU-Land in ein anderes eingeführt werden soll und die Einfuhr entweder grundsätzlich verboten ist, in einzelnen Fällen nicht genehmigt wird oder nur unter Beachtung von Auflagen erfolgen kann, bedarf eine solche Einschränkung des freien Warenverkehrs einer unverzüglich erfolgenden Anmeldung bei der Europäischen Kommission. Dieser Pflicht liegt eine im Dezember 1995 getroffene Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates zugrunde, die keiner nationalen Durchführungsbestimmungen bedarf.

EWS

Lira kehrt zurück, Finnmark beigetreten

Eines der weniger bekannten Maastricht-Kriterien verlangt, daß die Landeswährung zwei Jahre vor dem Beitritt zur EWWU ohne größere Schwankungen im Europäischen Währungssystem EWS vertreten gewesen sein muß. Italien ist zum 25. November 1996 in das EWS zurückgekehrt – als Zeichen seines Entschlusses, der EWWU beizutreten. Der Anfangskurs beträgt 1,0101 DM je 1000 Lire, entsprechend 990 Lire für 1 DM, die Schwankungsbreite $\pm 15\%$. Die Lira war am 17. September 1992 aus dem EWS ausgeschieden.

Die Finnmark ist zum 14. Oktober 1996 beigetreten. Der Anfangskurs beträgt 32,8948 DM je 100 Finnmark, entsprechend 3,04 Finnmark für 1 DM, die Schwankungsbreite $\pm 15\%$.

Außerhalb des EWS stehen nur noch die EU-Länder Griechenland, Großbritannien und Schweden.

Nordamerika

NAFTA

Ernüchterung in den USA

Die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) sollte die Chancen der amerikanischen Wirtschaft verbessern, ihre hochwertigen Anlage- und Konsumgüter in Mexiko zu verkaufen, und so das traditionell hohe Handelsbilanzdefizit vermindern. Den meisten derjenigen Unternehmen, die diese Hoffnung anfangs hegten, ist der Optimismus nach drei Jahren des Freihandels abhanden gekommen. Sie haben of-

fenbar den Kaufkraftmangel der Mexikaner unterschätzt. Das amerikanische Außenhandelsdefizit gegenüber Mexiko wächst jedenfalls.

Auch im Verhältnis zu Kanada sind die US-Amerikaner die Verlierer: das hohe Außenhandelsdefizit konnte nicht abgebaut werden, der verschärfte Konkurrenzdruck in der Gemeinschaft brachte den Kanadiern überdies mit sinkenden Lohnstückkosten einen entscheidenden Kostenvorteil im Wettbewerb zweier hochentwickelter Volkswirtschaften. In den USA wächst deshalb die Bereitschaft, mit Hilfe von Kontingentierungen mindestens einigen Branchen (wie der Forstwirtschaft) Entlastungen zu verschaffen. Das BIP-Wachstum wird 1997 etwas zurückgehen (von 2,7 auf 2,3 %, nach OECD-Schätzungen sogar auf 2,1 %), die Inflationsrate dagegen von 2,9 auf 3,2 % zunehmen. Sollte die amerikanische Notenbank deshalb ihre – während des Wahlkampfs geübte – Zurückhaltung aufgeben und auf die Zinsbremse treten, wird die Konjunkturabschwächung mit Sicherheit noch deutlich stärker ausfallen. Eine Schlüsselrolle fällt dabei den anstehenden Tarifabschlüssen zu.

Kanada rüstet sich für den globalen Wettbewerb

Die gewachsenen Probleme der kanadischen Wirtschaft erschienen allein durch Gründung der NAFTA von Anfang an als nicht lösbar. Deshalb wurde konsequent auf die Fundamentalgrößen eingewirkt: auf den Geldwert, auf die Staatsverschuldung und auf die weiteren Faktoren, die zu einem ungünstigen Länder-Rating geführt hatten. Die schmerzliche Sparpolitik greift inzwischen, die Inflation liegt bei 1,6 %, und der Renditeaufschlag gegenüber US-amerikanischen Anleihen hat sich im Promille-Bereich eingependelt.

Die beiden größten Risiken bilden die anhaltenden Separationsbestrebungen in der Provinz Quebec sowie die nicht auszuschließende Gefahr eines Nachlassens der US-Konjunktur. Mit 80 % der Exporte, entsprechend 25 % des BIP, ist die Abhängigkeit der kanadischen Volkswirtschaft von der US-amerikanischen immer noch enorm hoch. Das BIP-Wachstum soll von 1,9 % (1996) auf 2,9 % zunehmen (laut OECD und IWF sogar auf 3,2 %), die Inflationsrate dagegen nur leicht von 1,5 auf 1,7 %.

Abklingende Euphorie in Mexiko

Für die Mexikaner erweist sich die US-amerikanische Karte als Trumpf im internationalen Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen: sie haben neben niedrigen Produktions-, insbesondere Arbeitskosten, wie bis dahin schon, einen großen Absatzmarkt ohne wesentliche Zollschranken zu bieten.

Die aggregierten Zahlen verschleiern aber das wahre Bild: immerhin stammen zwei Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko von US-amerikanischen und kanadischen Unternehmen. Auch innerhalb der mexikanischen Wirtschaft kann nicht von einem Boom gesprochen werden. Es sind nur wenige Großunternehmen, die vom Freihandel profitieren, während die überwiegend mittelstän-

dische Wirtschaft im allgemeinen weiterhin große Probleme mit der Qualität ihrer Produkte hat. Die neu entstandenen Montagewerke nutzen überdies die Standortvorteile sozusagen pur, d.h., ohne sich mit der übrigen mexikanischen Wirtschaft zu verzahnen. Die Zulieferraten der einheimischen Wirtschaft liegen jedenfalls in der Nähe von nur 2 %. Erfreuliche Wirkungen ergeben sich allerdings durch die Entlastung des Arbeitsmarktes. Das BIP-Wachstum 1997 wird bei 4 % (nach 3 % im abgelaufenen Jahr) erwartet, die Inflationsrate von 15,3 % (1996) wird nicht wesentlich zurückgehen.

Lateinamerika

MERCOSUR

Erfolge fördern Fortschritt

Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, die Gründungsmitglieder der südamerikanischen Freihandelszone konnten ihren Intrahandel 1996 auf 14,3 Mrd. \$ steigern (nach 4 Mrd. im Gründungsjahr 1991). Die neue Region ist attraktiv für die Nachbarn (mit Chile und Bolivien wurden inzwischen Freihandelsabkommen geschlossen), aber auch für die EU-Länder und die USA. Positiv vermerkt wird nicht zuletzt, daß die Geldwertstabilität (verglichen mit den Hyperinflationen der achtziger Jahre) deutlich zugenommen hat.

Die Entwicklung hat allerdings auch Schattenseiten: die fehlende Bereitschaft, nationale Souveränitätsrechte aufzugeben, und das nach wie vor mangelnde Vertrauen in die Partnerländer führen in der Praxis zu fortbestehenden Beeinträchtigungen (in der Zollabfertigung, generell im Umgang mit den nationalen Bürokratien) und Entwicklungshemmnissen. Der eingeschlagene Weg ist sicherlich richtig, an dessen Ende ist man aber noch lange nicht, nicht zuletzt deshalb, weil die politische Entwicklung zu Demokratien nach westlichem Muster noch viele Widerstände zu überwinden hat.

Asien

APEC

Stärkste Gemeinschaft der Welt?

Die 18 Staaten, die in der APEC (Asiatisch-Pazifisches Wirtschaftsforum, 1989 gegründet) vereint sind, bringen es auf einen addierten Anteil von 54 % an der Weltwirtschaftskraft (Summe der Bruttoinlandsprodukte) und von 46 % am Welt-handel. Im Zentrum steht die Entwicklungsregion Nummer 1. In Vorbereitung der WTO-Konferenz wollten die APEC-Mitglieder demonstrieren, daß und wie sie ihren Raum zur »dynamischsten Freihandelszone der Welt« ausbauen werden.

Der APEC-Gipfel in Manila offenbarte dann vor allem immanente Schwächen. Im Gegensatz zur EU unterhält die APEC keine gemeinsamen Organe, kann nur Beschlüsse fassen, die von allen Mitgliedern getragen werden, und diese, wenn sie trotzdem nicht eingehalten werden, nicht einmal durchsetzen. Außerdem vereint sie Länder größter wirtschaftlicher und politischer Gegensätzlichkeit wie die USA und Malaysia oder China. Selbst der WTO-Konferenz gelang schließlich, was der APEC-Runde nicht gelang: der Abschluß des Freihandelsabkommens über informationstechnische Geräte (ITA).

Addierte Kraft ist nicht geballte Kraft. Die Europäer, die als Nicht-Anrainer der großen Ozeane ausgeschlossen sind, haben keinen Grund zu resignieren. Zum einen steht es ihnen frei, sich um ein eigenes Abkommen zu bemühen (außerhalb der APEC, aber mit den wichtigen Staaten dieses Bundes), zum andern waren sie der entscheidende Partner der USA bei der Durchsetzung des ITA, an dem ja vor allem den Amerikanern lag – sowohl im Kreis der APEC- als auch der WTO-Staaten.

Japan

Deregulierung, Privatisierung, Forschungsförderung

Mit Geld allein läßt sich die japanische Wirtschaft – bei festgehaltenen Strukturen – nicht wirksam anschieben. Umgerechnet fast 1000 Mrd. DM hat sich die Regierung in vier Jahren den versuchten Anschlag kosten lassen. Viel Positives gebracht hat das nicht, aber einen gewaltigen Berg öffentlicher Schulden, welcher die Entwicklung jetzt zusätzlich belastet. Der Konjunkturmotor stottert, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, der Euro bedroht die Position des Yen und damit den Finanzplatz Tokio.

Die Regierung hat deshalb im Dezember ein einschneidendes Reformprogramm durchgeboxt, das konsequente Deregulierung, verstärkte Privatisierung und eine neu ausgerichtete Forschungsförderung einschließt. Das Programm weist 15 Wachstumsbranchen aus, die gezielt gefördert werden sollen. Die größten sind Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, die Informationsindustrie und der Bereich Handel und Logistik. Als besonders entwicklungsfähig gelten auch die lange vernachlässigte Biotechnik, die Luft- und Raumfahrt sowie die Umweltechnik. Die geförderten Branchen sollen in 14 Jahren 18 statt 10,6 Mio. Menschen beschäftigen und 550 statt 200 Billionen Yen umsetzen.

Die geplante Deregulierung würde einen Abschied von japanischen Traditionen bedeuten – an denen allerdings mächtige Interessengruppen weiterhin festhalten, weshalb an der Durchsetzbarkeit des Programms denn auch noch erhebliche Zweifel bestehen. Auch die vorgesehene weitere Öffnung einiger heimischer Märkte wird naturgemäß längst nicht von allen begrüßt. Die zu teuer arbeitenden, aber eben deshalb gut verdienenden Industrien in den Sektoren Energie, Transport und Finanzdienstleistungen haben allen Grund, internationale Konkurrenzfähigkeit auf offenen Märkten zu fürchten. Die Reform wird kommen, weil ohne Reformen nichts mehr geht; aber sie wird wohl etwas kleiner ausfallen als jetzt geplant.

Afrika

MENA-Treffen in Kairo

Konferenz mit doppeltem Boden

Die Wirtschaftskonferenz für den Nahen Osten und Nordafrika fand im November in Kairo statt. Die Bewertung ihrer Ergebnisse zeigt die mit wirtschaftlichen Mitteln allein nicht lösbare Problematik dieser Region.

Auf der oberen (staatlichen) Betrachtungsebene wird der stockende Friedensprozeß zwischen Israel, den Palästinensern in den Autonomiegebieten und den arabischen Nachbarstaaten in den Vordergrund gerückt. Entsprechend zurückhaltend werden die wirtschaftlichen Aussichten beurteilt, entsprechend dringlich auch werden die Appelle an Israel (und die USA und die Europäer) formuliert, endlich normale politische und damit auch wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen.

Auf der unteren (unternehmerischen) Betrachtungsebene dagegen herrscht eine pragmatische Einstellung vor, die Fortschritte auch dann begrüßt, wenn sie noch Einzelfälle darstellen. Israelische und arabische Unternehmen arbeiten schon jetzt besser zusammen als ihre Staaten insgesamt, und sie wollen die Zusammenarbeit in Zukunft noch verstärken. Selbstverständlich fordern auch sie die weitere Normalisierung und Stabilisierung der politischen Beziehungen. Das Volumen der Abschlüsse während der Konferenz wird auf immerhin 10 Mrd. \$ geschätzt.

Ägypten, das Gastgeberland, präsentierte sich frisch gestärkt und fand dafür auch die Anerkennung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der gegenüber dem Pariser Club die letzte Rate des Schuldenerlasses von rund 4 Mrd. \$ freigab. Die Strukturreform ist gelungen (wenn auch noch nicht abgeschlossen). Die restlichen Auslandsschulden sind bedienbar. Das reale BIP-Wachstum dürfte 1996 rund 4,1 % erreicht haben und soll im laufenden Jahr auf 5,1 % ansteigen. Die konsequente Liberalisierung der Außenwirtschaft zeigt Erfolge. Das Außenhandelsdefizit ist zwar nach wie vor hoch, aber der Tourismus bringt reichlich Devisen ins Land, und die Rücklagen haben den Wert von 20 Mrd. \$ erreicht, was einem Einfuhrwert von anderthalb Jahren entspricht.

Europa

OECD-Prognose

Europa bleibt Durchschnitt

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre Prognose für die Jahre 1997 und 1998 veröffentlicht. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aller Mitglieder wird darin mit 2,4 % für das abgelaufene Jahr 1996 sowie für 1997 angenommen, diejenige für 1998 mit 2,7 %. Die EU-Mitglieder unter ihnen liegen genau im Trend, die USA etwas darunter, während

die Entwicklung in Japan atypisch verlaufen wird: das BIP-Wachstum fällt 1997 auf 1,6 %, steigt ein Jahr später allerdings auf 3,7 % an.

Insgesamt gesehen, ist ein Angleichungsprozeß festzustellen. Für die meisten Länder wird keine wesentliche inflationäre Entwicklung erwartet, wofür nicht zuletzt die Konsolidierungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor vieler Mitgliedstaaten (nicht nur in der EU) verantwortlich sind. Die Arbeitslosigkeit wird allerdings auch nicht in spürbarem Umfang zurückgehen, in Deutschland, Frankreich und Italien vielleicht sogar noch weiter ansteigen. Das Außenhandelswachstum fiel von 9 % im Jahr 1995 auf 6,1 % im abgelaufenen Jahr zurück und wird auch nur langsam wieder ansteigen: auf 6,7 % (1997) bzw. 7,3 % (1998).

Für die deutsche Wirtschaft wird angenommen, daß die staatlichen Sparmaßnahmen 1997 etwa 0,7 % des möglichen BIP-Wachstums kosten (1998 noch 0,6 %), wodurch der Verschuldungsgrad (Anteil der öffentlichen Schulden am BIP) von 61,3 % im abgelaufenen Jahr auf 63,2 % im laufenden Jahr (und auf 64 % im Jahr 1998) steigen wird. Bei dynamischer Betrachtung wird besonders deutlich, daß Zähler und Nenner dieses Maastricht-Kriteriums keine voneinander unabhängigen Größen sind: Schuldenabbau kostet BIP-Wachstum. Die Handelsbilanzüberschüsse werden weiter zunehmen (von 73,5 % im abgelaufenen Jahr, über 86,3 % im laufenden auf 95,1 % im nächsten Jahr) – allerdings wird dieses Wachstum damit weit hinter dem Durchschnitt aller OECD-Länder zurückbleiben.

Niederlande

Die »holländische Krankheit« besiegt

Vor 15 Jahren blieb das Wachstum aus, gingen Jahr für Jahr 100.000 Arbeitsplätze verloren und hatten sich die Sozialabgaben auf dem üppigen Niveau von 10 Prozentpunkten über dem europäischen Durchschnitt eingependelt. Man sprach von der »holländischen Krankheit«. Die scheint nun besiegt zu sein.

Das Wachstum der niederländischen Wirtschaft übertraf mit 2,7 % im abgelaufenen Jahr den europäischen Durchschnitt von 1,6 % deutlich. Die Beschäftigung nahm zu (für das laufende Jahr wird eine Rate von 6,5 % angestrebt – bei einem europäischen Durchschnitt von 11 %), der private Verbrauch ebenfalls, die Steuerquellen sprudeln. Die rosige Beleuchtung ist allerdings zum Teil auf die wieder zunehmende Inflationsrate von zuletzt 2 % zurückzuführen.

Die Ursache wurde erkannt in zu hohen Lohnstückkosten, bedingt vor allem durch zu hohe Arbeitskosten, sowie in nicht mehr finanzierbaren Sozialleistungen. Es wurde ein Konsenssystem eingeführt, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung zusammenwirken. Der Staat hat sich darin Eingriffsmöglichkeiten vorbehalten, von deren Einsatz (bzw. Androhung) er auch Gebrauch macht. Er wacht insbesondere über Tariferhöhungen, bevor sie in Kraft treten.

Diese Rahmenbedingungen sind für alle Beteiligten festgeschrieben. Innerhalb des Rahmens allerdings ist Flexibilität möglich. Es gibt vergleichsweise viele Teil-

zeitarbeitsverhältnisse, die aber, anders als in Deutschland, nicht außerhalb der sozialen Absicherung angesiedelt sind. Die Lohnfortzahlung ist gewissermaßen privatisiert. Die Arbeitnehmer erhalten bis zu einem Jahr lang den vollen Lohn, das Risiko der Betriebe, davon womöglich überdurchschnittlich betroffen zu sein, wird durch private Versicherungen kalkulierbar gemacht.

Es gibt aber auch Schattenseiten. Die Vielzahl von Teilzeitarbeitsverhältnissen (etwa jeder Dritte arbeitet so) überdeckt die Tatsache, daß die Arbeit nicht aufgenommen hat, nur anders verteilt wird. Das Pro-Kopf-Einkommen bleibt im EU-Vergleich immer weiter zurück. Die Armut wächst. Die Produktivität reicht nicht aus, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Holland ist in der Situation eines von einem Tiger angegriffenen Jägers, der die Turnschuhe anzieht: nicht um schneller als der Tiger, sondern um schneller als die übrigen Jäger zu sein.

Irland

Der keltische Euro-Tiger

Die irische Wirtschaft ist seit Jahren auf der Überholspur. Wenn die Prognosen zutreffen, wird das irische Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 über dem britischen liegen: dafür werden die Nordwesteuropäer dann auch gern zu Nettozahlern der EU, aus deren Töpfen das Land so lange Zeit Mittel bezog – für einen guten Zweck, wie zu sehen ist. Neben den Fördermitteln der Gemeinschaft sind zwei weitere Faktoren ausschlaggebend gewesen für diese Entwicklung: die hohen ausländischen Direktinvestitionen und die schmerzliche Roßkur, der die Bevölkerung in den achtziger Jahren unterworfen wurde. In diesem Zeitraum stieg die Pro-Kopf-Leistung von knapp zwei Dritteln des EU-Durchschnitts auf etwa 90 %. Auch die Maastricht-Kriterien werden, zumal unter Berücksichtigung der Dynamik, erfüllt werden. Die einzige reale Gefahr droht derzeit, wie so oft in der irischen Geschichte, vom mächtigen Nachbarn: wenn die Briten der EWWU nicht beitreten und wenn das britische Pfund deutlich abgewertet würde gegenüber dem Euro, dann könnte es angesichts der starken Verflechtung beider Volkswirtschaften einen spürbaren Einbruch geben, wenn auch keinen, mit dem sich die ›keltischen Tiger‹ nicht auch noch fertig zu werden zutrauen.

Österreich

Der Alltag kehrt zurück

Der Beitritt zur Europäischen Union hat in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch keinen Niederschlag gefunden – schon deshalb nicht, weil seit zwei Jahren keine Daten mehr publiziert werden: wegen der Umstellung auf die EU-Normen. Aber auch die geschätzten Größen zeigen das Land eher unter dem EU-Durchschnitt. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) hat für das abgelaufene Jahr ein reales BIP-Wachstum von 0,8 % errechnet, für das laufende

Jahr werden 1,2 % erwartet, für 1998 dann 2,2 %, also erstmals seit dem Beitritt eine spürbare Belebung.

Der Außenwirtschaftsanteil am BIP (Exporte und Tourismuseinnahmen) liegt bei etwa 40 %, die wichtigsten Partner sind die EU-Länder, kein Wunder also, daß sich die wirtschaftlichen Probleme der Nachbarn auch in Österreich auswirken. Die Exporte dürften 1996 nur um real 4,2 % zugenommen haben. Die Sparpolitik der Regierung hat im abgelaufenen Jahr zu massiven Auflösungen von Sparguthaben geführt, im laufenden Jahr werden – angesichts von Realeinkommen, die um 1,6 % sinken werden – Nachfragerückgänge die schwache Konjunktur weiter belasten. Das Haushaltsdefizit soll im laufenden Jahr auf 2,7 % des BIP gesenkt werden, das sind 68 Mrd. Schilling.

Hinzu kommen massive eigene Probleme, die durch den Beitritt die Wettbewerbsposition stärker belasten als im Zustand der nationalen Abschottung. Hierzu zählen ein aufgeblähter öffentlicher Dienst, ein teures Sozialsystem und die berühmte ›Gletschergeschwindigkeit‹, mit der Reformen in Österreich vorankommen. Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote von 7,2 % (nationaler Berechnungsstandard, entsprechend 4,1 % nach OECD-Standard) ist zum Teil mit einer regelrechten Welle an Frühpensionierungen erkaufte worden.

Türkei

Gesetz gegen Geldwäsche erlassen

Die Financial Action Task Force (FATF) der OECD, die weltweit wichtigste Behörde gegen die Geldwäsche, beschloß im September die Türkei anzuprangern, da sie, obwohl Mitglied, noch kein Gesetz gegen Geldwäsche erlassen hatte. Der Beschluß wurde im Dezember ausgesetzt, nachdem eilends doch noch ein entsprechendes Gesetz erlassen wurde. Damit ist die wichtigste Forderung erfüllt, andere stehen noch aus. Das Land bleibt deshalb vorerst weiter unter Beobachtung der FATF.

Polen

Wachstum überdeckt Strukturprobleme

Der deutlich spürbare Wille zum Umbau der polnischen Wirtschaft und die Spitzenposition unter den sog. Transformationsländern, die das Land heute einnimmt, können nicht über zahlreiche ungelöste Aufgaben hinwegtäuschen. Die Wachstumsrate ging für das abgelaufene Jahr auf 5 bis 5,5 % zurück (nach 7 % im Jahr 1995). Die Inflationsrate ist mit 20 % immer noch viel zu hoch; ihr geplanter Abbau auf 13 % wird denn auch bezweifelt. Die Arbeitslosigkeit sinkt sehr langsam und lag 1996 bei schätzungsweise 14 %.

Gleichwohl ist der Zloty stärker geworden und trägt zum Vertrauen in die polnische Währung ebenso bei wie die vergleichsweise hohe Stabilität des Bankensektors. Die Erfolge in der Geld- und Währungspolitik haben sicherlich auch damit zu tun, daß die Banken überwiegend noch in Staatsbesitz sind, was die Durchsetzung politi-

scher Entscheidungen erleichtert. Die Kapitalbereitstellung für die Wirtschaft und die Bankenaufsicht funktionieren gut. Jetzt, mahnte die OECD kürzlich, sollte die Privatisierung vorangetrieben werden.

Die Außenwirtschaftspolitik bringt zwar Fortschritte, aber es werden auch Reformen verschleppt. Die Importzölle sinken und setzen die heimische Wirtschaft nach und nach dem globalen Wettbewerbsdruck aus. Auch das Abkommen mit der EU trägt dazu bei. Bemängelt wird die Neigung, nichttarifäre Handelshemmnisse zu schaffen und so den Warenverkehr zu behindern. Auch der Schutz ganzer Branchen (nicht nur durch Subventionen) gehört dazu, so vor allem im primären Sektor (Bergbau und Energie).

Der gleichfalls angemahte Umbau des staatlichen Rentensystems mit einem Anteil der Rentenausgaben am Sozialprodukt von 16 % dürfte weit schwerer fallen. Der Anstoß zu dem langfristig zu sehenden Umbau soll mit Mitteln finanziert werden, die durch Privatisierungen aufzubringen sind. Im positiven Fall würden die Chancen des geplanten Strukturwandels einander verstärken, im negativen Fall allerdings genauso auch die Risiken (mißlingende Privatisierungen würden zusätzlich den Umbau des Rentensystems behindern).

Die bisher angelaufene Privatisierungswelle wird schon jetzt als Erfolg angesehen. Seit dem letzten Jahr werden Privatisierungszertifikate ausgegeben und gehandelt, die später in Aktien von 15 Nationalen Investitionsfonds (NFI) umgewandelt werden sollen. Die NFI werden 60 % an den privatisierten Unternehmen halten, der Staat 25 % und die Belegschaft 15 %. Die Zertifikate wurden den polnischen Bürgern zu 20 Zloty angeboten. 95 % von ihnen nahmen das Angebot wahr. Der Kurs liegt derzeit bei 150 Zloty.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 1/97. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Februar 1997: Deutscher Wirtschaftsdienst.